



Hendricks: Änderungen von Normen und Regeln sollen Bauen bezahlbarer machen Erste Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen liegen...

Hendricks: Änderungen von Normen und Regeln sollen Bauen bezahlbarer machen Erste Ergebnisse des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen liegen vor
Bundesbauministerin Barbara Hendricks hat sich für Änderungen bei Regelwerken und Baunormen ausgesprochen, damit Bauen bezahlbar bleibt.
"Die von mir ins Leben gerufene Baukostensenkungskommission hat dazu zahlreiche Vorschläge entwickelt. Die Umsetzung dieses Maßnahmenkatalogs kann einen großen Beitrag zum kostengünstigen Wohnen und Bauen in Deutschland leisten", sagte Hendricks anlässlich der Immobilienmesse EXPO REAL in München. Der Abschlussbericht der Baukostensenkungskommission, der mehr als 60 Empfehlungen zur Kostendämpfung enthält, soll in diesem Herbst vorgelegt werden.
Hendricks hatte die Baukostensenkungskommission 2014 im Rahmen des von ihr initiierten Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen eingerichtet.
Die Kommission sollte einerseits die Entwicklung der Baukosten analysieren und Kostentreiber identifizieren, andererseits aber auch Ursachen für diese Entwicklungen ermitteln und konkrete Möglichkeiten aufzeigen, wie sich die Wirtschaftlichkeit des Bauens steigern ließe.
"Die Gespräche der Bündnispartner in der Baukostensenkungskommission haben gezeigt, dass ansteigende Wohnflächen, Ausstattungsmerkmale und technische Ausrüstungen die eigentlichen Kostentreiber beim Wohnungsbau sind. Diese werden oft durch Regelungen der Kommunen, Länder und zum Teil des Bundes beeinflusst und müssen begrenzt werden. Die Leistungen des Bauhandwerks dagegen zählen nicht zu den wesentlichen Kostentreibern", sagte Hendricks.
Beim Bauordnungsrecht sprach sich die Bauministerin für ein möglichst bundeseinheitliches Regelwerk aus. Auch das Normungswesen sei immer umfangreicher geworden und führe bei der Planung und beim Bau zu höheren Kosten und Haftungsrisiken. Die Ministerin warb deshalb für eine grundlegende Revision des Normungswesens.
Als Beispiel nannte sie den Schallschutz. Hier sind die Länder aufgefordert, die Mindestanforderungen stringent und rechtssicher zu gestalten. Auch die Stellplatzanforderungen von Ländern und Kommunen stellen einen wesentlichen Kostenfaktor für Bauherren dar. Vor dem Hintergrund neuer Mobilitätsanforderungen und -konzepte sollten diese Regelungen flexibilisiert oder - wie in Berlin und Hamburg - ganz gestrichen werden.
Das BMUB auf Twitter: @bmub
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.